

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. wöchentlich 10 Pf. Alle Postanfragen und Postbestellungen nehmen wir entgegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion die Befugnis vor, den Druck zu unterbrechen. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wochenschrift für Wilsdruff u. Umgegend
Anzeigenpreis: die 5-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumzeile im ersten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Vorgesetzte und Platzverwalter werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernimmt keine Garantie. Jeder Redaktionsantrag erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse gezahlt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 179 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 3. August 1933

Strategie der Arbeitsschlacht.

Arbeitsbeschaffung ist Vertrauensbeschaffung.

Es ist jetzt gerade ein Jahr her, als Deutschland im besondern und die Welt im allgemeinen auf dem tiefsten Punkte ihres wirtschaftlichen Niederganges angekommen war; natürlich läßt sich das erst hinterher feststellen, während unmittelbar im August 1932 selbst jede Hoffnung auf eine Besserung oder zum mindesten auf ein Aufhören des weiteren Sinkens aufgegeben worden war. Wenn man doch von Hoffnungen sprach, so wurde das als schmerzhaft als eine Verneinung betrachtet. Jetzt, also hinterher, wissen wir, daß diese Wende in der Wirtschaftsentwicklung, die freilich immer noch kein unbedingtes Aufwärts herbeiführte, nicht so deutlich sichtbar wurde, daß die unmittelbar später versuchte „Inflation“ oder „Anturbebung“ der Wirtschaft von oben her nicht einen wirklichen Dauererfolg erreicht hat und erreichen konnte. Zwar ist, wie gesagt, zunächst ein gewisser Erfolg erzielt worden, doch ging schon in den Wintermonaten wieder viel von dem verloren, was erreicht worden war.

Um so deutlicher spürt man daher den Unterschied zwischen heute und damals. Daß sich besonders nach dem 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, die besten und die stärksten Kräfte der nationalen Erneuerung auf das Gebiet der Arbeitsbeschaffung konzentrierten, daß man mit äußerster und innerer Energie über die zahlreichen äußeren und inneren „Brenn- und Aben“ früherer skeptischer Zeiten hinwegging, ja hinwegsprang, war die recht elementare Ursache dafür, daß jene Energie nun nicht etwa bloß einzelne kleine Schichten der Wirtschaft in entsprechende Bewegung setzte, sondern tief hinunter in alle Kreise der Wirtschaft gedrungen ist und dringen konnte. Man hatte sich jahrelang den Kopf oder vielmehr die viel zu vielen Köpfe über die Methoden, die Finanzierung und die Ziele der Arbeitsbeschaffung zerbrochen und infolgedessen den Drei verdorben, noch ehe man ihn auf das Feuer gestellt hatte.

In die Stelle des Zweifels, ja der Hoffnungslosigkeit von früher stellte sich erst auf seinen Sohlen, dann tapfer und zuversichtlicher aufstehend die Überzeugung ein, daß es nun doch vorwärtsgehe mit einer Arbeitsbeschaffung, die weit hinausging über das saisonübliche Maß. Hinzu kam die zweite Überzeugung, daß es auch, zwar langsam, aber doch sichtbar, mit der konjunkturellen Beschäftigung in der Wirtschaft aufwärtsgehe. Man wollte, — und da war auch ein Weg zu sehen! Daß nun unter einer energiegeladenen Führung dieser Weg mit schnellen Schritten zurückgelegt wurde und zu Erfolgen führte, wie man sie in seinen kühnsten Träumen nicht geahnt hätte, hat nun einen Enthusiasmus hervorgerufen, der seinerseits wieder die feste Grundlage für die Arbeitsbeschaffung, nämlich das Vertrauen auf unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung wie mit Betonlöcher verstärkt hat. Arbeitsbeschaffung ist Vertrauensbeschaffung und umgekehrt. Ist die Arbeitsbeschaffung nur etwas Außerliches geblieben, etwas nur „Wirtschaftliches“, dann stände sie auf schwankender Grundlage, die wohl kaum von Dauer sein würde. Was erst diese Grundlage festigt und auch für die kommende Zeit tragfähig macht, das sind Vertrauensklammern, die die mit der Arbeitsbeschaffung gelegten Grundsteine zusammenhalten.

Durch Arbeitsbeschaffung zur Vertrauensbeschaffung zu kommen, ist gewiß auch das Ziel des amerikanischen Strebens und Experimentierens. Ganz anders aber wie drüben sieht der Weg aus, der für Deutschland gewählt und vorgezeichnet worden ist. Nicht Währungsentswertung und Spekulation, auch nicht eine planmäßige Zerstörung des Unternehmungsgeistes der Arbeitgeber durch staatliche Kontrolle bis in den letzten Winkel der Betriebe hinein, nicht planlose Kredit- und Lohnregulierung oder gewalttätige Preis- und Lohnregulierung sind die Stappen unseres Weges, sondern das gerade Gegenteil von all diesem. Verzicht auf jedes Experimentieren — das steht über dem Eingang zu diesem Wege, während Roosevelt ja erklärt hat, er würde vor immer neuen Experimenten durchaus nicht zurückschrecken!

Mißglückte Experimente führen aber nur zu neuen, noch schwereren Vertrauenserschütterungen, und darum können wir Deutsche hoffen, daß wir ruhigen Schritts, ohne hin und her zu springen, zu dem Ziele der Vertrauensbeschaffung als dem ersten Haltepunkt gelangen, um dort den endgültigen Wiederaufbau unserer nationalen Wirtschaft zu beginnen und zu vollenden.

Industrialisierung als Bauernhilfe.

Oberpräsident Koch über den Aufbauplan für Ostpreußen. Der Oberpräsident von Ostpreußen, Erich Koch, sprach im Rundfunk im Rahmen eines Zwiesgesprächs mit Schriftleiter Hellmuth Rosenfeld über den großen Aufbauplan für Ostpreußen. Der Oberpräsident führte dabei u. a. aus:

Das Schicksal Ostpreußens im nationalsozialistischen Reich läßt sich durch ein kurzes Wort kennzeichnen: Das Gesicht des deutschen Volkes wird vom liberalistisch-kapitalistischen Westen durch den Nationalsozialismus zum preußisch-sozialistischen Osten gewendet werden. Dieses Wort gilt sowohl in geistig-kultureller wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Durch Zeitungsveröffentlichungen ist bekannt, daß das Kulturleben des Ostens eine sichere Grundlage erhalten soll durch eine großangelegte Reichsuniversität und durch ein großes Reichstheater.

Wirtschaftlich liegen die Dinge so: Bisher lag Ostpreußen, und zwar schon in der Vorkriegszeit, unter einem höheren Kostendruck

als die übrigen Teile des Reiches, insbesondere als der Westen und Süden. Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostpreußen blieb deshalb zurück. Der Bevölkerungszuwachs mußte aus dem Lande wandern und woanders Arbeit suchen.

Kunmehr soll das Verhältnis umgekehrt werden. Durch bestimmte Maßnahmen des Reichs soll der allgemeine

Kostendruck in Ostpreußen niedriger gehalten werden als im Reich, so daß bei den Unternehmern eine natürliche Neigung entsteht, in Ostpreußen ihre Unternehmungen zu errichten. Das Reich wird in einem wesentlichen Umfang generelle Lastenentlastungen für Ostpreußen eintreten lassen müssen. Alle generellen Lastenentlastungen wirken allgemein und legen keine Prüfung des Einzelalles durch irgendeine Behörde voraus. Wir müssen, so erklärte der Oberpräsident weiter, planmäßig die Bevölkerung Ostpreußens vermehren,

kurz gesagt, wir müssen in Ostpreußen 1 bis 1½ Millionen Menschen mehr im Lande haben. Auch bei schärfster agrarischer Bestellung kann aber die Bevölkerung nicht um einen wirklich ins Gewicht fallenden Anteil vermehrt werden. Eine entscheidende Vermehrung der Bevölkerung Ostpreußens ist nur möglich durch eine

Industrialisierung des Landes. Die Industrie soll im platten Lande gelagert sein, der Industriearbeiter soll sein eigenes Haus und sein eigenes Land erhalten und damit zu einem bodenständigen Menschen werden. Er soll Dorfbewohner werden. Erst wenn wie in Württemberg der Bauer die

Abnehmer seiner Produkte in nächster Nähe hat, erst dann kann er Preise für seine Waren erzielen, die ihm ein menschenwürdiges Leben gewährleisten.

Darum ist diese Industrialisierung Ostpreußens die einzig mögliche und für alle Zukunft wirksame Bauernhilfe. Wir wollen dem Bauern nicht Geschenke in Gestalt von Osthilfe geben, die ihm doch nichts nützen, sondern wir wollen auf diese Weise den ostpreußischen Bauernhof für alle Zukunft wieder rentabel machen.

Neben der schon vorhandenen einheimischen Industrie muß eine neue Industrie aufgebaut werden. Die freie Unternehmerinitiative soll dieses Werk vollführen. Wir wollen Menschen und Arbeitsstätten aus dem Westen in gesunde Verhältnisse des Ostens bringen. Dadurch wird der industrielle Westen selbst aufgelockert. Der Westen ist also, auf weite Sicht gesehen, an der Durchführung dieses Unternehmens genau so interessiert wie der Osten.

Das Reich soll an Ostpreußens Tätigkeit und an die ostpreußische Manneskraft glauben lernen. Das ist für uns der wichtigste Erfolg der Arbeitsschlacht. Noch Ende August wollen wir 50 000 bis 60 000 deutsche Volksgenossen in Arbeit und Brot auf unserem ostpreußischen Boden bringen. Dadurch soll und wird die ostpreußische Wirtschaft stark durchblutet werden, so daß sie für die Industrialisierung wirtschaftlich vorbereitet wird.

Angriff in breiter Front.

Private Arbeitsbeschaffung aus eigener Initiative.

Der Reichsstatthalter für Hessen, Sprenger, und der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Hessen, Handelskammerpräsident Dr. Luer, haben völlig neue Wege in der Frage der Arbeitsbeschaffung zur Durchführung der Gedanken des Führers im Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiet eingeschlagen. Die Maßnahmen können wohl geeignet sein, den örtlichen Verhältnissen entsprechend auch in anderen Wirtschaftsgebieten den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auszuführen.

Während es sich bisher meist darum handelte, ein gewisses Kontingent öffentlicher Mittel für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in den einzelnen Landes- teilen zur Verfügung zu stellen, soll durch die in Aussicht genommenen Maßnahmen der Angriff auf die Arbeitslosigkeit in breiter Front erfolgen. Durch die verschiedenen Arbeitsbeschaffungspläne sollen viele Wirtschaftszweige wieder die Kraft gewinnen, aus eigener Initiative heraus die private Arbeitsbeschaffung zu fördern. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung wird nur als Teil des Gesamtplanes angesehen, der die Grundlage für eine Ausweitung der privaten Arbeitsbeschaffung bilden soll.

Stellt man diesen leitenden Gesichtspunkt für die Arbeiten der Reichsregierung als grundlegend heraus, so folgt daraus, daß die bisherige Ausrichtung der Berufsvertretungen der Wirtschaft in Zukunft wegsfallen muß. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wirtschaft ist erforderlich.

„Einsatz der kleinsten Kampfeinheit.“

Zehn Gebote für Arbeitsbeschaffung.

Der Wirtschaftsbeauftragte des Gauess Kommandos der NSDAP, Dr. Ernst Jarmer, legte in einer Rede die Strategie des Kampfes gegen die pommerische Arbeitslosigkeit fest. Als Richtlinien für das pommerische Arbeitsbeschaffungsprogramm sind zehn Gebote aufgestellt worden, die in einem Merkblatt an die mit der Durchführung beauftragten Männer herausgehen. Die Grundlage für ein methodisches Vorgehen gibt der Einsatz der kleinsten Kampfeinheit in der Arbeitsschlacht. Daher haben sich alle pommerischen Gemeindevorstände in die vorbereitende Linie gestellt. Mit ihnen arbeiten Hand in Hand die Inhaber aller Betriebe mit ihren Arbeitern.

Immer neue Lügenmeldungen

Aber angebliche Unruhen in Nürnberg und Fürth.

In der Hearst-Presse wird auf Grund einer Meldung in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ die Nachricht verbreitet, daß es in Nürnberg und Fürth zu Straßenkämpfen zwischen Reichswehr und SA. gekommen sei. Fünf Nationalsozialisten seien schwer verwundet worden. Reichswehrkräfte und Polizei hätten gemeinsam die Plünderung jüdischer Privatwohnungen durch die SA. verhindert. Der Zustand sei bedrohlich, General Ritter von Epp habe beim Reichspräsidenten telegraphisch um die Genehmigung nachgesucht, den Belagerungszustand über Bayern zu verhängen.

Hierzu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß diese Behauptungen in allen Teilen unwahr sind. Wahr ist vielmehr, daß keinerlei Unruhen weder in Nürnberg noch in Fürth vorgekommen sind. Plünderungen jüdischer Wohnungen und Geschäfte haben ebenfalls nicht stattgefunden. Insbesondere ist es unwahr, wenn

behauptet wird, daß General von Epp bei dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg um die Genehmigung zur Verhängung des Belagerungszustandes über Bayern nachgesucht habe. Auch ist unwahr, daß Reichswehr und Polizei gegen SA. eingeschritten worden seien und daß in diesen Straßenkämpfen fünf Nationalsozialisten schwer verwundet liegengeblieben seien.

Die Lügenmeldung stammt von der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ und es dürfte nur deutsche Emigrantenkreise die Urheber dieser naiven Lügenmeldung sein. Bereits seit Tagen wird beobachtet, daß im Auslande dauernd Meldungen von Unruhen und Aufsehungen der SA. in Deutschland verbreitet werden, die lediglich zum Ziele haben, der Welt gegenüber die Tatsache zu verschleiern, daß das gesamte Deutschland geschlossen hinter Adolf Hitler steht und daß vorbildliche Ruhe und Ordnung herrscht.